



Nr. 92 / 15. September 2022

**Sperrfrist: heute, 18 Uhr**

## **Landtagsvizepräsidentin von Kalben beim Jahresempfang der Diakonie: Kommende Monate erfordern gesamtgesellschaftliche Solidarität**

**Soziale Ungleichheit, Armut, Gerechtigkeit: Um diese Themen dreht sich der Jahresempfang der Gruppe Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie (NGD) am heutigen Abend in der Businesslounge der Wunderino Arena in Kiel. Den zahlreichen Herausforderungen müsse mit einer gesellschaftlichen Richtungsänderung begegnet werden, sagte Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben in ihrem Grußwort zum Auftakt der Veranstaltung. „Die kommenden Monate sind auch eine Chance.“**

Eine Gesellschaft meistere Krisen dann erfolgreich, wenn sie solidarisch sei, man sich unterstütze und aufeinander Acht gebe, stellte von Kalben fest – das sei eine Lehre aus der Corona-Pandemie. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stelle die Menschen im Land aber vor neue Herausforderungen. „Wir leben in einem Krieg. Auch, wenn in Deutschland die Waffen schweigen: Es ist Krieg“, betonte die Vizepräsidentin. Die hohen Energiekosten und Preissteigerungen in allen Bereichen des täglichen Lebens verschärften die sozialen Ungleichheiten bereits jetzt. „Unsere Gesellschaft droht, in Arm und Reich auseinanderzudriften. Und zu der faktischen Armut kommt nun noch die Angst vor einer drohenden Armut hinzu.“

Solidarität sei die gesellschaftlich wichtigste Antwort, sagte von Kalben. „Aber sie fällt schwerer, wenn es nötig wird, umzuverteilen.“ Die zahlreichen caritativen Verbände wirkten dem Auseinanderdriften mit ihrer unverzichtbaren Arbeit unermüdlich entgegen, hob die Landtagsvizepräsidentin hervor. „Solidarität ist aber auch eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe.“ Sie könne zwar nicht erzwungen, aber gefördert werden. „Die Idee des sozialen Ausgleichs und der Chancengleichheit gehört seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu den Fundamenten unserer Demokratie.“ Aktuell müsse sich die Gesellschaft jedoch hinterfragen, ob sie für einen Aufstieg durch Bildung und harte Arbeit tatsächlich noch durchlässig sei und ob sich die sozialen

Unterschiede in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht erheblich vergrößert hätten, mahnte von Kalben.

Sie sei aber überzeugt, dass ein Umdenken stattfinde. „Das erleben wir zurzeit, wenn es darum geht, wie wir mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen. Der Klimawandel hat schon viele Menschen überzeugt, ihre Lebensweise zu überdenken.“ Gleiches müsse in der Frage der sozialen Gerechtigkeit gelingen, führte die Vizepräsidentin aus. „Die erfolgreiche Bewältigung des Klimawandels und der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit können gar nicht voneinander getrennt betrachtet werden.“ Die Gesellschaft brauche ein System des Ausgleichs, den der Staat befördern müsse. „Die kommenden Monate sind deshalb Herausforderung und Chance zugleich: zu einer gesellschaftlichen Richtungsänderung und damit zugleich zu einer Rückkehr zu den Werten, die sich unser Land seit seinem demokratischen Neuanfang in sein Grundgesetz geschrieben hat.“ Sie habe die Hoffnung, dass die Menschen an den Herausforderungen als Gesellschaft wachse und wieder zusammenwachse, schloss von Kalben.